

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 118 (2024)
Heft: 3

Artikel: Die neue Schweiz ist auch eritreisch
Autor: Moser, Geneva / Hui, Matthias
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1062553>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die neue Schweiz ist auch eritreisch

Geneva Moser und Matthias Hui

In der Schweiz leben Zehntausende Menschen mit eritreischem Hintergrund. Die einen sind schon lange hier. Die anderen haben vor kurzem enorme Risiken auf sich genommen, um aus ihrer diktatorisch regierten Heimat nach Europa zu flüchten. Alle prägen die Gegenwart der schweizerischen Gesellschaft mit. Die *Neuen Wege* haben Menschen aus Eritrea getroffen und viel gelernt – über Eritrea und über die Schweiz.

Wie wenig wir wissen über unsere Gesellschaft. Die vielen Menschen mit eritreischem Hintergrund, die wir für diesen Artikel getroffen haben, machen uns das deutlich. In den letzten drei Jahrzehnten ist die vielgestaltige eritreische Community zu einem festen Teil dieses Landes geworden. Einem Teil, der bleibt. Aber diese Menschen finden noch kaum Gehör, weder in den Medien noch im kulturellen Bereich und

schon gar nicht in der Politik. Das muss sich ändern. Und das wird sich ändern, wenn auch sehr langsam. Der 31-jährige Samson Yemane, der als Jugendlicher mit seinen Eltern über das Mittelmeer in die Schweiz flüchtete und heute in Lausanne als SP-Abgeordneter im Gemeindeparlament sitzt, gehört zu jenen, die eine Stimme haben. Er verortet sich im Gespräch so: «Ich bin Schweizer, j'adore la Suisse, die Schweiz ist Teil meiner Kultur, ich erkenne mich in der Vielfalt der Schweiz wieder.» Wir treffen ihn in Bern, wo der Politikwissenschaftler öfter beruflich unterwegs ist. Als Mitarbeiter der Schweizerischen Flüchtlingshilfe leistet er Sensibilisierungsarbeit für eine vielfältige und offene Schweiz, und auch als Mitglied der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus hat er in der Hauptstadt zu tun. Ganz besonders interessiert ihn, wie es zu Herrschaftsverhältnissen kommt und was strukturellen Rassismus ausmacht. Zu diesem Thema gibt er den kommunalen oder kantonalen Polizeikorps oder auch Gymnasiallehrer*innen Weiterbildungen, für deren Zustandekommen er zuvor auf parlamentarischem Weg gekämpft hat. In Samson Yemane brennt ein politisches Feuer.

Der lange Arm der Diktatur

Samson Yemane ist Schweizer. Ohne Schweizerpass beziehungsweise *noch* ohne Schweizerpass lebten im Juni 2023 gemäss Zahlen des Bundes über 43'000 Menschen mit eritreischem Hintergrund in diesem Land. Unter den Kindern der sogenannten ausländischen Wohnbevölkerung sind die Eritreer*innen nach den Angehörigen fünf europäischer Staaten die sechstgrösste Gruppe, wie das Bundesamt für Statistik auflistet. Die neue Schweiz des 21. Jahrhunderts ist definitiv auch eritreisch.

Im November 2023 demonstrieren Eritreer*innen vor dem Bundeshaus. Wir gesellen uns dazu, kennen aber nur einige der wenigen einheimischen Asylaktivist*innen, die dabei sind, und noch keine eritreischen Menschen. Auf einem grossen Transparent steht die zentrale Forderung: «Schweizer Kollaboration mit dem eritreischen Regime stoppen – Passbeschaffungspflicht für Eritreer*innen abschaffen». Wie der lange Arm der Diktatur bis in die Schweiz hineinreicht, weiss hierzulande auch nach Jahren asylpolitischer Auseinandersetzungen noch kaum jemand. Auch wir erfahren es erst hier.

Zum Beispiel von Samuel Okubay. Er ist 24, Sanitärinstallateur und Vater eines fünfjährigen Jungen. An seinem Wohnort hat er den

Fussballklub Eri Zug mitgegründet, bei dem er selber mitkickt. Das ist seine Antwort auf die Erfahrung, wie steinig und einsam der Weg für viele junger Eritreer*innen in diesem Land ist. Er unterstützt seine jungen Klubkollegen bei der Stellensuche. Alle 16 Spieler absolvieren heute eine Lehre oder haben diese bereits abgeschlossen und sind berufstätig. Samuel Okubay arbeitet beim Eritreischen Medienbund Schweiz mit, einer Organisation, die der eritreischen Diaspora in der Schweiz eine Stimme in der Öffentlichkeit verschafft. Bei unseren Recherchen stossen wir immer wieder auf sie.

Samuel Okubay erklärt in seiner Rede auf dem verregneten Bundesplatz: «Die meisten Eritreer*innen sind aufgrund von Verhaftung, Folter, Zwangsarbeit und dem unbefristeten Militärdienst aus Eritrea geflüchtet. Wir haben den gefährlichsten Fluchtweg auf uns genommen, durch die Saharawüste und über das Mittelmeer nach Europa, weil uns nichts anderes übrigblieb. Trotz dieser Herausforderungen sind die meisten von uns gut integriert, haben ihre Ausbildung abgeschlossen und sind festangestellt. Das sind die Voraussetzungen, um nach fünf Jahren eine vorläufige Aufnahme (Ausweis F) in eine normale Aufenthaltsbewilligung

(Ausweis B) umwandeln zu können. Aber wenn wir keinen gültigen eritreischen Pass vorlegen können, weigern sich die schweizerischen Behörden, unsere Anträge zu bearbeiten.» Das Gleiche gelte auch für Menschen, die heiraten oder etwa Verwandte in einem Nachbarstaat besuchen wollten.

Ein Mann hält auf dem Platz ein selbst geschriebenes Schild hoch: «Geflohen vor der Diktatur, und jetzt bei ihr um den Pass bitten». Wer bei der eritreischen Vertretung in Genf einen Pass beschaffen muss, handelt sich gravierende Konsequenzen ein. Die Person wird gezwungen, illegale Diasporasteuern in der Höhe von 2 Prozent des Einkommens an die Diktatur abzuliefern und eine «Reueerklärung» zu unterzeichnen: «Ich bereue, ein Vergehen begangen zu haben, indem ich meine nationalen Verpflichtungen nicht erfüllt habe [...]. Ich bin bereit, die angemessenen Massnahmen zu akzeptieren, über die noch entschieden wird.» Geflüchtete müssen sich verleugnen, ja lügen, weil die Schweiz die Beschaffung von Papieren bei der diplomatischen Vertretung des Regimes als zumutbar erachtet – anders als etwa im gleichen Fall das deutsche Bundesverwaltungsgericht und anders als die Schweizer Behörden heute im Fall von afghanischen Geflüchteten.

Die eritreische Community ist zu einem festen Teil dieses Landes geworden. Einem Teil, der bleibt.

Tewie Debesay

*Wir treffen Tewie Debesay, *1983, in der Cafeteria seines Arbeitsortes. Er arbeitet als Fachmann Gesundheit im Schlossgarten Riggisberg im Kanton Bern, einer Institution, die Menschen mit psychischer oder geistiger Beeinträchtigung Wohn- und Arbeitsplätze bietet. In der betriebsamen Cafeteria sitzen Tourist*innen und Besucher*innen, Pfleger*innen und Bewohner*innen des Heimes zusammen.*

In Riggisberg fühle ich mich wohl, das Dorf ist inzwischen meine zweite Heimat. Hier im Schlossgarten habe ich meine zweite Berufsausbildung gemacht. Nach dem Leben im Durchgangszentrum Riggisberg arbeite ich nun hier, wohne hier und habe nun auch meine Familie hier. Zwischen der eritreischen Community und den anderen Dorfbewohnenden besteht ein guter Kontakt.

Nach der Flucht über das Mittelmeer kam ich mit meinem Bruder nach Basel, wir wollten zusammenbleiben und haben das auch so deklariert, aber das SEM hat uns verteilt: Er ist in Visp, ich bin hier. Ein Teil meiner Familie ist in Eritrea. Mit ihnen habe ich telefonisch Kontakt, das ist kein Problem. Aber du musst aufpassen: Über Politik und das Regime zu sprechen ist gefährlich. Zwei meiner Brüder sind beim Militär. Wie lange noch, weiß niemand. Die Sensibilisierung der Gesellschaft hier ist mir wichtig. Die Menschen in der Schweiz wissen wenig über die Situation in Eritrea, manche haben keine Ahnung. Ich möchte, dass sie mehr wissen.

Die Eritreer*innen, die ich kenne, sind keine «Wirtschaftsflüchtlinge», wie man oft sagt. Der wichtigste Grund, warum viele flüchten, ist Angst: vor dem Militär, vor dem Regime, vor dem Gefängnis, vor den Checkpoints überall, vor der Bespitzelung. Eritrea hat keine rechtsstaatlichen Strukturen, kein Parlament, keine Meinungsfreiheit, keine Bewegungsfreiheit. Ich war auch im Gefängnis. Wir wollen Freiheit, ein normales, eigenes Leben — ohne Angst. Das ist die Grundlage des Lebens, nicht Geld. Für die eritreischen Menschen mit negativem Asylentscheid bleiben die Ungewissheit und die Angst gross. Ich war durch meine Schwester, die bereits hier lebt, gut auf die Ankunft in der Schweiz vorbereitet. Ich hatte Ziele und einen Plan: die Sprache schnell lernen, eine weitere Berufsausbildung machen, Kontakte mit der hiesigen Bevölkerung knüpfen und zeigen, dass ich ein wertvoller Mensch bin. Durch meine Geschichte hatte ich die Hoffnung, dass mir Asyl gewährt wird, und das war auch so.

Hier in Riggisberg hatte ich gute Bedingungen: Durch ehrenamtliche Arbeitseinsätze kam ich in Kontakt mit einem grossen Arbeitgeber. So war der Schritt in den ersten Arbeitsmarkt nicht mehr so gross. Riggisberg ist ein kleines Dorf, man kennt sich. Viele Menschen, wie der Pfarrer Daniel Winkler oder der Verein riggiasyl, haben sich für uns Eritreer*innen eingesetzt. Das ist sicher ein Vorteil. Ich weiss, dass es anderen Eritreer*innen anders ging.

Dass die eritreische Community in der Schweiz gespalten ist in regimekritische und regentreue Eritreer*innen, ist für mich nichts Neues. Neu ist vielleicht, dass die jüngere und kritische Generation gut organisiert und vernetzt ist. Sie will die Propaganda des Regimes nicht länger hinnehmen. Die ältere Generation behält sich die Tür für Besuche und Urlaub in Eritrea offen, sie schützt ihre Privilegien, indem sie regimefreudlich bleibt. Von der Repression waren sie nie betroffen, und sie sehen den Diktator noch als Befreiungskämpfer. Sie haben einen Nationalstolz auf diese junge Nation. Ich dagegen will eine Verfassung, eine Nation, die Grundrechte sichert. Ich will Freiheit.

Veronica Almedom

*Veronica Almedom, *1989, ist Unternehmerin in einem Start-up in Lausanne und wohnt bei Genf. Wir treffen die Politologin und Soziologin nach ihrer Arbeit in einem Restaurant beim Bahnhof Lausanne.*

Meine Eltern sind während des Unabhängigkeitskriegs aus Eritrea geflüchtet. Ich bin in Rom geboren und im Wallis aufgewachsen. An meine Kindheit habe ich sehr viele positive Erinnerungen. Die Last der ganzen Unsicherheit, dass wir während zehn Jahren nur eine vorläufige Aufenthaltserlaubnis hatten, haben meine Eltern getragen. Von der Unsicherheit, ob wir hierbleiben können, und den ganzen bürokratischen Prozessen haben wir kaum etwas mitbekommen.

Mit der Familie waren wir einige wenige Male in Eritrea, und dort begann ich mit etwa 14 Jahren zu begreifen, dass in diesem Land viele Probleme herrschen. Bei unserer Reise 2010 kamen wir beispielsweise in ein komplett leeres Stadtviertel: Alle Menschen waren entweder geflohen, im Gefängnis oder im Militärdienst. Meine Schwester und ich versuchten mehr herauszufinden, wir erhielten Auskunft zu den einzelnen Personen, aber über die Politik konnten wir nicht sprechen. Wieder zu Hause wollten wir mehr wissen. Unsere Familie war dafür offen. Wir merkten aber, dass es in der eritreischen Gemeinschaft einen Teil gab, der das Regime unterstützte und nicht über die Probleme sprechen wollte.

Über die sozialen Medien habe ich angefangen, mich mit anderen Eritreer*innen in meinem Alter zu vernetzen. Nach einem Gesprächsabend über Skype haben wir dann im Oktober 2013 zu viert oder fünft in Genf eine erste spontane Demonstration organisiert und wurden überrascht: Etwa 500 Personen nahmen teil. Im Zentrum der Demonstration stand das Schicksal von Flüchtenden, die auf dem Mittelmeer Schiffbruch erleiden. Das hat viele berührt. Wir stürzten uns in den Aktivismus und arbeiteten mit enormem Effort an verschiedenen Kampagnen und organisierten weitere Demonstrationen. Auch mit Parlamentarier*innen suchte ich vielfach das Gespräch. Ich tat einfach, was ich für richtig hielt, ohne grosses Wissen über Politik und Aktivismus. Wir vernetzten uns mit jungen Aktivist*innen aus ganz Europa und machten auf die Menschenrechts-situation in Eritrea aufmerksam, beispielsweise auf den National Service, den Nationaldienst, der eine Form moderner Sklaverei ist und bei

dem viele Menschen Folter oder sexuelle Gewalt erleben.

Ab Juni 2014 setzte die UNO eine Untersuchungskommission ein, die ein Jahr lang Menschenrechtsverletzungen in Eritrea untersuchte und dokumentierte. Dieser Bericht erschien im Juni 2015, ein Jahr später ein zweiter. Wir erwarteten alle, dass die internationale Gemeinschaft auf diese Berichte mit Schärfe reagieren würde – aber nichts geschah. Die Schweiz und die anderen Länder wählten einen «soften», diplomatischen Weg. Das war ein enorm schmerhafter und enttäuschender Moment.

Ich kann die Wut junger Eritreer*innen heute verstehen. Emotional halte ich es manchmal kaum aus, diesen oft traumatisierten und besonders vulnerablen Menschen sagen zu müssen: Schau, ich kann nichts für dich tun. Von der Schweizer Migrationspolitik erhoffe ich mir diesbezüglich wenig. Die Geschichte wiederholt sich: Die Italiener*innen, die Portugies*innen, die Albaner*innen ... Die Schweiz lernt nicht aus ihren Fehlern. Das ist frustrierend.

Ich musste Distanz zu dem Thema aufbauen und bin weniger aktivistisch engagiert. Was mir Hoffnung macht: Jede*r Einzelne von den jungen Eritreer*innen, der oder die es schafft, sich hier trotz schwerer Erfahrungen erfolgreich ein Leben aufzubauen – jede*r Einzelne von ihnen ist ein Wunder.

Wenn die eritreischen Menschen später versuchen, dem Zugriff ihrer Botschaft wieder zu entkommen, oder sich hier politisch betätigen, kann dies dramatische Konsequenzen haben. Es ist belegt, wie Geflüchtete oder ihre Verwandten in Eritrea vom Regime eingeschüchtert oder erpresst werden können. Das eritreische Regime versucht über seine diplomatische Vertretung sowie über ein Netzwerk von Spitzeln und Helferinnen, das weitverzweigt in die Kantone hineinreicht, die Diaspora zu kontrollieren. Die eritreische Repression ist transnational.

Wut und Frustration

An der Kundgebung auf dem Bundesplatz ergreifen Menschen spontan das Wort: «Die Schweiz ist ein freies Land, sie muss die hier lebenden Menschen schützen.» Wir erfahren, wie Geflüchtete echt schockiert sind, dass die demokratische Schweiz sie hier nicht stärker vor dem Zugriff der Diktatur bewahrt. «Wie kann es sein, dass die Schweiz gegen diese Machenschaften des Regimes nicht stärker vorgeht?»

Damit, so viel verstehen wir, sind die aktuellen Auseinandersetzungen angesprochen, von denen die Medien berichten. An einem Samstag im Februar 2024, mitten in unseren Recherchen, erhalten wir von Menschen mit eritreischem Hintergrund, die wir kennengelernt haben, plötzlich einen Anruf. In Villars-sur-Glâne bei Fribourg komme es zu einer Konfrontation zwischen Eritreer*innen, die eine Veranstaltung zur Stützung des diktatorischen Regimes organisierten, und Oppositionellen. Ob wir Medienschaffende benachrichtigen könnten, die objektiv berichten würden. Es gelang nicht. Die Regionalzeitung titelte am folgenden Tag: «Mit Stöcken bewaffnete Eritreer sorgten für Unruhe». Die Polizei, die mit einem Grossaufgebot vor Ort war, sprach von «Störung der öffentlichen Ordnung» anlässlich einer «friedlichen Versammlung» von Eritreern, welche befürchtet hätten, dass diese von «gewaltbereiten Landsleuten» gestört würde. Die Ausübung von Gewalt liegt in diesem Diskurs nicht aufseiten der Diktatur.

Wir möchten die Konflikte – am selben Samstag machten auch schwere Ausschreitungen in Den Haag Schlagzeilen – einordnen und sprechen mit dem Politikwissenschaftler Samson Yemane darüber. Er erzählt: «Zum ersten Mal kam es hier 2014 zu physischen Auseinandersetzungen, ich war damals als 22-Jähriger in Genf auch mit dabei.» In jenen Jahren habe sich das Regime verfestigt. Mehr Menschen seien in Eritrea ins Gefängnis geworfen worden. Und die immer zahlreichereren Menschen

in der Diaspora, auch in der Schweiz, seien von Kräften des Regimes stärker unter Druck gesetzt und überwacht worden. «Wir wollten und wollen keine Regierungsveranstaltungen in der Schweiz. Denn es geht dort erstens darum, Geld zu sammeln für das Regime, zweitens um Propaganda und drittens um den Anschein guter Beziehungen zwischen dem Regime und den Staaten wie der Schweiz, ohne dass sich wirklich etwas verändert.»

Samson Yemane versteht nicht, weshalb nicht in allen Kantonen versucht werde, regimetreue Veranstaltungen zu verhindern, so wie in Genf oder in der Waadt, wo keine Säle mehr zur Verfügung gestellt würden, wenn klar sei, dass regimetreue Kräfte eine Örtlichkeit für eine sogenannte Kulturveranstaltung suchten. In Lausanne werde umgehend eine Untersuchung durchgeführt, wenn eine eritreische Einzelperson einen Saal reserviert. «Das erwarteten wir überall in der Schweiz.» Denn junge Eritreer*innen würden auch deshalb ihrer Wut Ausdruck geben, weil sie die Verbindung mit dem Regime, die in diesen Veranstaltungen deutlich werde, aufdecken wollten. Sie seien jung und gut organisiert, sie vereinten sich nun hinter einer Flagge, der blauen, in Opposition zur Regierung. Aber sie seien gewaltbereiter. «Ihre Eltern sind oft in Eritrea. Asyl zu erhalten ist für viele von ihnen schwierig, sie leben in einem prekären Status. Viele sind enttäuscht, dass die Schweiz auf ihrem Boden Propaganda des Regimes erlaubt, dagegen wollten sie zur Tat schreiten.» Menschen wie er suchten mit den Jungen das Gespräch, würden sie bitten, keine Gewalt anzuwenden, denn die negativen Konsequenzen seien offensichtlich. «Aber gleichzeitig verstehe ich die Frustration, es ist ähnlich wie beim Klimastreik. Ich erachte die Militanz als legitim. Wir müssen analysieren, weshalb es so weit kommt. Die Schweizer Behörden sind vorsichtig mit deutlicher Kritik am eritreischen Regime, denn man will Verhandlungen über ein Rückkehrabkommen, das über Jahre nicht zustande gekommen ist, nicht gefährden.»

Wir nehmen in verschiedenen Begegnungen die Wut und Frustration unter jungen Eritreer*innen wahr. An der Kundgebung auf dem Bundesplatz formuliert jemand am Mikrofon in der eritreischen Hauptsprache Tigrinya und gleich auch auf Deutsch ein Grundgefühl eritreischen Lebens im Herkunftsland, das sich auch in der Diaspora weiterzieht: «Wir sind nicht gestorben, aber wir leben auch nicht.»

Dass viele eritreische Geflüchtete auch in den ersten Jahren in Europa in diesem Grundgefühl weiterleben müssen, hängt mit

Fremdenfeindlichkeit und rechter Migrationspolitik zusammen. Eritreische Menschen sind in den letzten zwei Jahrzehnten Manipuliermasse populistischer Asylpolitik par excellence geworden.

Hohe Schutzquote

Es überrascht nicht, dass gerade die SVP in der Schweiz gegen eritreische Geflüchtete Stimmung macht und dabei handfest zu deren kollektiver Stigmatisierung beiträgt. Samson Yemane konstatiert im Gespräch mit uns Formen von Rassismus, die sich gezielt auf die Gruppe der Eritreer*innen richten: «Wir sind angeblich Menschen, die nicht viel arbeiten, die nie pünktlich erscheinen, deren Essen stark riecht, deshalb soll man zweimal überlegen, ob man uns eine Wohnung vermietet, und jetzt kommt noch hinzu, dass wir Menschen sind, die ihre Konflikte in die Schweiz importieren und mit Gewalt aufeinander losgehen.» Gegen die Wahlkampagne «Neue Normalität» der SVP Schweiz haben der Eritreische Medienbund Schweiz und der Verein Linke POC eine Strafanzeige wegen Diskriminierung und Aufruf zu Hass eingereicht: «Die SVP Schweiz versucht mit selektiven Berichten über Straftaten den Eindruck zu erwecken, dass Menschen fremd wahrgenommener Ethnie und *rassifizierte* Menschen kriminell und gefährlich seien, und setzt diese damit in bedeutender Weise herab. Hierzu bestückt sie ihre Mitteilungen mit Symbolbildern *rassifizierter* Menschen, häufig von *Schwarzen* Menschen.»

Auch liberalere Politiker*innen wie der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller betreiben mit dem Thema Eritreer*innen in der Schweiz Politik. Um ein Haar hätte ein paar Tage vor Weihnachten 2023 sein völkerrechtswidriger und menschenfeindlicher Vorschlag im Parlament eine Mehrheit gefunden: Er wollte abgewiesene Asylsuchende aus Eritrea, die sich weigern zurückzureisen, in ein Drittland – sein Vorschlag: Ruanda – abschieben. Am 13. März 2024 sehen wir Damian Müller in dieser Sache im Ständerat schon wieder am Rednerpult. Er verlangt Unterstützung für einen Vorstoss, der den Bundesrat zu Verhandlungen mit Senegal verpflichten will, damit mit einem – gemäss Bundesrat aussichtslosen – Transitabkommen Eritreer*innen nach Westafrika abgeschoben werden könnten. Er macht eine Staatsaffäre aus diesem Thema, als ob die Asyl- und Migrationspolitik durch solche Grenzüberschreitungen wesentlich entlastet werden könnte. Aber er gesteht gleichzeitig ein, dass es eigentlich nur um 300 eritreische Personen

gehe, die sich aktuell illegal in der Schweiz aufhalten und nirgendwohin ausgeschafft werden könnten. Bundesrat Jans macht ihn und seine Kolleg*innen darauf aufmerksam, dass viele der Eritreer*innen im Status der vorläufigen Aufnahme schon lange hier seien, viele gut integriert, und über die Hälfte dieser Gruppe hier geboren seien. Das Thema Abschiebung habe eine menschliche Komponente. Wir wollten mit Damian Müller darüber sprechen, auch eritreische Gesprächspartner*innen ermutigten uns zu diesem Dialog. Er stand leider aus Termingründen für ein Gespräch nicht zur Verfügung.

Damian Müller unterstreicht im Ständerat seine Position mit Schilderungen der Ausschreitungen gegen regimefreundliche Eritreaveranstaltungen der letzten Monate. Er bringt – wohl mit Absicht – maximal viel durcheinander. Denn jene Geflüchteten, die, wenn es nach ihm ginge, unser Land verlassen müssten, sind nicht diejenigen, die regimefreundliche Veranstaltungen besuchen oder gar organisieren. Die Menschen, die hinter dem Regime stehen, sind allermeistens vor Jahrzehnten in die Schweiz gekommen und fast alle längst Bürger*innen dieses Landes. Sie gehören zur Schweiz und sind kein Fremdkörper, den man abstossen könnte. Auf der anderen Seite stehen die allermeisten Eritreer*innen, die gegen die Diktatur protestieren, zu Recht unter dem Schutz des Flüchtlingsrechts. Gemäss Zahlen des Staatssekretariats für Migration für 2023 ist die Anerkennungsquote hoch: Bei Asylgesuchen von Eritreer*innen beträgt sie knapp zwei Dritteln, die Schutzquote beläuft sich gar auf 82,3 Prozent. Zu den Schutzberechtigten gehören, neben jenen mit einem positiven Asylentscheid aufgrund individueller Fluchtgründe, auch alle Fälle einer vorläufigen Aufnahme. Rückführungen der Geflüchteten in das Herkunftsland sind aufgrund der politischen Situation in Eritrea und des entsprechenden menschenrechtlichen Schutzes nicht möglich.

Asylpolitische Verschärfungen

Fakt ist: Die Asylpraxis gegenüber eritreischen Geflüchteten wurde in der Schweiz 2016 verschärft, was viele Geflüchtete in die Prekarität stiess. Die drohende Rekrutierung für den zeitlich unbefristeten Nationaldienst gilt nicht mehr als ausreichender Grund für eine Anerkennung als Flüchtling. Wer aufgrund eines negativen Asylentscheids und einer Wegweisungsverfügung mit einer vorläufigen Aufnahme nur geduldet ist, hat es schwer. Die Hürden, eine Arbeit zu finden, sind oft

«Wir sind nicht gestorben, aber wir leben auch nicht »

unüberwindbar, die Sozialhilfe ist minim, das Recht auf Familiennachzug ist verletzt und die Freiheit, in andere Länder zu reisen, fehlt. Abhilfe schaffen würde eine Ausdehnung des Schutzstatus S, der für Geflüchtete aus der Ukraine gilt, auch auf andere Gruppen aus Kriegs- und Krisenstaaten.

Die Schweizer Behörden erachten dennoch Rückschaffungen nach Eritrea grundsätzlich als zumutbar, auch wenn das Regime bockt. Das ist blauäugig. Auch die Schweizerische Flüchtlingshilfe wendet sich dagegen. Der UNO-Folterausschuss hat in letzter Zeit in mehreren Fällen Wegweisungen aus der Schweiz nach Eritrea gestoppt, weil keine Garantie bestehe, dass es im Herkunftsstaat nach der Rückkehr nicht zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen käme. Genau dies passierte in einem 2022 vom Recherchekollektiv *Reflekt*, der *Republik* und der *SRF-Rundschau* dokumentierten Fall. Ein eritreischer Geflüchteter kehrte nach einem negativen Asylentscheid in die eritreische Hauptstadt Asmara zurück, wurde dort verhaftet und gefoltert. Nach seiner zweiten Flucht in die Schweiz haben die hiesigen Behörden seine Asylgründe unterdessen anerkannt.

Da Zwangsrückführungen nach Eritrea nicht durchführbar sind, landet seit der verschärften Wegweisungspraxis eine wachsende Anzahl von Personen in der Langzeitnothilfe. Diese Menschen – viele von ihnen psychisch schwer angeschlagen – leben in äußerst prekären Situationen in sogenannten Rückkehrzentren. Durch das Abschieben von jungen Menschen an Orte mit der Bezeichnung «Rückkehrzentrum» und durch politische Kampagnen rechter Parteien verfestigt sich in der Öffentlichkeit der Eindruck, dass die eritreischen Menschen eigentlich wieder verschwinden müssten und verschwinden werden. In dieser Perspektive zählen sie jedenfalls nicht zur neuen Schweiz. Dabei: «Die Mehrheit der Eritreer*innen», so betont Samson Yemane, «leisten ein Maximum, um sich hier wohlzufühlen, sich zu integrieren. Und viele fühlen sich hier sehr wohl, trotz aller Hürden.» Denn es sei unter den gegebenen Voraussetzungen für jugendliche oder erwachsene Geflüchtete unglaublich schwierig, hier ein Leben zu beginnen. «Die eritreische Community ist keine gescheiterte Gemeinschaft. Ich bin sehr stolz auf viele Eritreer*innen.»

Brückenbauer*innen

Andi Geu pflichtet ihm bei. Wir treffen den vielbeschäftigte Philosophen und Sozialwissenschaftler frühmorgens zu einem Kaffee in Bern. Geu kennt als Geschäftsleiter der NGO National Coalition Building Institute NCBI die Situation der Eritreer*innen in der Schweiz gut. Im Austausch mit vielen Geflüchteten, insbesondere nach der Ankunft grösserer Gruppen von Eritreer*innen 2013, war er massgeblich an der Entwicklung grösserer Projekte beteiligt. NCBI bildete zahlreiche eritreische «Brückenbauer*innen», Schlüsselpersonen aus der Community, für die Beratung und Begleitung von Geflüchteten aus. Andi Geu war auch an der Entstehung des schweizerischen Flüchtlingsparlaments beteiligt. «In den letzten Jahren», so erklärt uns Geu im Gespräch, «hat sich vieles verändert. Die negative Aufmerksamkeit der schweizerischen Öffentlichkeit ist trotz der aktuellen Ereignisse nicht mehr derart stark auf Eritreer*innen gerichtet, es kommen auch weniger Menschen in der Schweiz an. Die hier lebenden Eritreer*innen haben durch lange Anstrengungen gelernt, auf ihre eigenen Ressourcen zu bauen, Institutionen haben anderes Wissen, es finden gegenseitige Lernprozesse statt. Ich kenne viele Erfolgsgeschichten. Oder zumindest hat man sich ein wenig aneinander gewöhnt.»

Vor zehn Jahren war das nicht so. Damals beobachtete Andi Geu, dass unter den neu ankommenden Eritreer*innen etwas entscheidend anders lief als bei anderen Gruppen: «Bei vielen migrantischen Communitys – heute auch unter Eritreer*innen – wenden sich neu Ankommende an jene, die schon hier sind. Das hat bei den Eritreer*innen damals nicht funktioniert. Die Menschen, die schon hier waren, als etwa ab 2013 plötzlich viel mehr und jüngere Geflüchtete ankamen, waren regimetreu. Das führte sofort zu politischen Spannungen zwischen diesen zwei Generationen, es gab kein Vertrauen.» Auch Samson Yemane erinnert sich gut an jene Zeit: «Als ich mit etwa vierzehn Jahren mit meinen Eltern in der Schweiz ankam, verstand ich nicht, dass es hier Eritreer*innen gab, die das Regime unterstützten. Das war für mich ein Schock. Erst später verstand ich: Vor etwa 2002 war die Emigration der Eritreer*innen nicht systematisch an die politische Lage im Land gebunden, wenn schon an den Krieg mit Äthiopien. Dann wurde das System totalitärer. Viele Eritreer*innen, die früher nach Europa kamen, kennen das Land heute über das staatliche Fernsehen, über die Ferien dort. Sie verschliessen die Augen vor der brutalen

Realität, weil sie gewisse Interessen haben; sie wollten nicht ein Land kritisieren, das vor kurzem seine Unabhängigkeit errang, für die viele Menschen ihr Leben lassen mussten.»

Andi Geu erzählt uns weiter, wie vor ungefähr zehn Jahren viele der neu ankommenden aus Eritrea geflüchteten Menschen in der schweizerischen Gesellschaft anfänglich völlig verloren gewesen seien: «Viele von ihnen waren traumatisiert und sie kamen zum Teil mit wenig Schulbildung an.» Das Bildungssystem in Eritrea ist auf den unbegrenzten Nationaldienst, auf die Armee ausgerichtet. Es geht nicht darum, den Menschen eine individuelle Zukunft zu ermöglichen, sondern sie möglichst schnell für den Staat in Dienst zu nehmen.

Was ist dieser Nationaldienst genau? Warum ist er aus menschenrechtlicher Sicht so problematisch? Wir fanden fast gleichzeitig eine verlässliche Antwort beim UNO-Sonderbeauftragten für die Menschenrechtslage in Eritrea. Mohamed Abdelsalam Babiker sagte am 29. Februar 2024 vor dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf, dass die Eritreer*innen aufgrund der unbefristeten Wehrpflicht weiterhin groben und schrecklichen Misshandlungen ausgesetzt seien, darunter Zwangsarbeit und sexueller Gewalt. «Ich erhalte regelmässig Informationen über Personen, die in den letzten zwanzig Jahren eingezogen wurden und die ihrer bürgerlichen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte beraubt wurden, darunter das Recht auf Arbeit, das Recht auf Leben, Familienleben, Freizügigkeit und das Recht auf Bildung. Darüber hinaus werden Wehrdienstverweigerer, ihre Familien und ihre Gemeinden schwer und kollektiv bestraft.»

Zurück zu Andi Geu und der Situation der Eritreer*innen, die in den 2010er Jahren in der Schweiz ankamen: «Am Aufenthaltsstatus lagen die Probleme nicht. Die allermeisten Geflüchteten erhielten damals als Militärdienstverweigerer*innen relativ schnell Asyl und einen Aufenthaltsstatus B, was den Familiennachzug erleichterte. Aber für sie schien das erste Bedürfnis nach der Entwurzelung und oft jahrelangem, brutalem Fluchtweg das Ankommen, das Wohnen, das Schaffen eines sicheren Orts zu sein. Die Schweiz erwartete hingegen Spracherwerb als erstes Zeichen für Kooperationsbereitschaft.» Auf all dies waren die wenigsten vorbereitet. Das hat viele überfordert. Und das wiederum hat die Schweiz überfordert. Das damals geschaffene Bild einer gescheiterten eritreischen Einwanderung mit hoher Anspruchshaltung, wenig Integrationsbereitschaft und einer übermässigen Sozialhilfequote, alles unterfüttert mit einer Portion

Fana Asefaw

*Fana Asefaw ist Chefärztin in der Jugendpsychiatrie der Integrierten Psychiatrie Winterthur (IPW). Unseren Gesprächstermin muss sie mehrmals absagen: Sie hat alle Hände voll zu tun. Am Abend nach unserem Gespräch wird sie in einem Vortrag Kolleg*innen in der Forensik über die Situation von jugendlichen, geflüchteten Eritreern, die straffällig geworden sind, informieren. Mit ihrer Perspektive und ihrem Wissen ist die Expertin für transkulturelle Vermittlung eine wichtige Brückenbauerin.*

Aus beruflichen Gründen bin ich in die Schweiz gekommen. Ich habe in Deutschland Medizin studiert und an der Charité in Berlin über weibliche Genitalbeschneidung promoviert. Hier leite ich nun die Jugendpsychiatrie der IPW als Chefärztin. Als Hauptproblem der eritreischen Community sehe ich die Perspektivlosigkeit. Seit 2016 werden die Zwangsrekrutierung und der Militärzwang nicht mehr als Fluchtgrund anerkannt. Das führt dazu, dass junge eritreische Menschen hier in der Perspektivlosigkeit landen: Ihr Fluchtgrund wird nicht anerkannt, sie müssten offiziell wieder gehen, können aber nicht zurück. Sie werden nicht ausgeschafft, dürfen aber hier nicht bleiben. Das ist eine ausweglose Situation.

Diese jungen Menschen machen mir grosse Sorgen. Ich habe Patienten und Patientinnen, die schon seit sieben oder zehn Jahren hier sind und Behandlung brauchen. Als Psychiater und Psychiaterinnen sind wir da auch hilflos: Man kann Medikamente geben oder bei Suizidalität eingreifen, aber die Situation verändern können wir nicht. Und genau diese Geflüchteten landen dann in der Forensik: Sie werden straffällig. Gerade habe ich im Rahmen einer Weiterbildung zwei Fallgeschichten aus der Forensik von jungen eritreischen Männern studiert: Sie leben in Durchgangsheimen, dürfen nicht arbeiten und haben keine Zukunftsperspektive. In der Schweiz haben sie im Rahmen ihrer Ausweglosigkeit — ohne eine sinnstiftende Beschäftigung, mit Isolation, drohender Ausschaffung — Symptome entwickelt, wurden krank, es ging ihnen immer schlechter, und dann wurden sie gefährlich, haben Straftaten begangen. Dabei passt dieses Verhalten nicht zu ihrer religiösen Überzeugung, beide sind sehr gläubig. Aber in diesen Strukturen gefangen, sind sie krank geworden: Sie waren frustriert, der Alltag wurde unerträglich.

Für junge Menschen, die hier mit Hoffnung und Glauben ankommen, ist es wichtig, dass sie

eine Perspektive haben, die Hoffnung nicht verlieren. Aber sie sind in langen Asylverfahren gefangen, und dazu kommen die massiven Integrationshürden, wo das Scheitern vorprogrammiert zu sein scheint. Es geht nicht weiter. Hier dürfen sie nicht bleiben, in Eritrea werden sie nicht wieder aufgenommen. Viele geben innerlich auf. Wo sollen sie denn hin? Was sollen sie tun? Es müssten Alternativen geschaffen werden. Sie müssten arbeiten dürfen oder eine Ausbildung machen können. Menschen brauchen eine positive Beschäftigung, brauchen positive Selbstwirksamkeit. Für mich ist es unverständlich, dass die Zwangsrekrutierung kein Asylgrund ist.

Gleichzeitig bekomme ich enorm viele Anfragen von Anwält*innen, die ein ärztliches Gutachten für ihre Klient*innen benötigen: Immer wieder wiederhole ich, dass die Patient*innen Perspektive und Sicherheit brauchen, dass sie in Behandlung sind, dass sie krank sind. Manchmal kann ich damit etwas erwirken für die Menschen, aber ganz oft leider nicht. Die Situation der Eritreer*innen ist nicht im Fokus der Öffentlichkeit. Es geht nicht voran. Eine Patientin von mir wartet seit anderthalb Jahren auf ihren positiven Asylentscheid, sie ist aber seit acht Jahren im Kanton Zürich wohnhaft, immer noch in einem Durchgangsheim, ohne eine berufliche oder schulische Perspektive, inzwischen ist sie 28-jährig. Die Zeit ist stehen geblieben für sie, sie leidet an vielen psychischen und psychosomatischen Symptomen. Fakt ist: Wir schaffen künstliche Krankheiten. Wir schaffen dieses Problem. Es könnte sich so vieles verändern, wenn wir diesen Menschen ihre Würde zugestehen würden: Menschenwürde heißt Sinn, Perspektive, als Mensch willkommen sein. Aber die Gesellschaft schaut weg, ist desensibilisiert. Die Menschlichkeit fehlt. Ich versuche immer wieder, auf diese Situation aufmerksam zu machen, doch in der Politik oder in den Medien interessiert das nur wenige. Aber ich bleibe dabei, Gutes zu tun und zu benennen, was ethisch und moralisch nicht vertretbar ist.

Shalom Habte

*Shalom Habte, *2001, ist vielbeschäftigt: Nicht nur hat er letztes Jahr seine Lehre als Elektriker abgeschlossen und macht jetzt die Erwachsenenmatur im Selbststudium. Er ist auch ehrenamtlich beim Eritreischen Medienbund aktiv. Wir treffen ihn an seinem Feierabend in Bern.*

Mein Vater floh mit mir und meinem Bruder in die Schweiz, als ich zehn oder elf Jahre alt war. Daran habe ich nicht mehr viele Erinnerungen. Später konnten meine Mutter und meine Schwester nachkommen. Meine Mutter ist gerade in der Ausbildung als Fachfrau Gesundheit, mein Vater ist Theaterregisseur gewesen. Eritreer*innen haben es in der Schweiz nicht leicht, insbesondere in der Deutschschweiz. Wenn ich in andere Länder schaue, wie beispielsweise Schweden, sehe ich, dass dort die Integration besser gelungen ist. In der Schweiz gibt es viele strukturelle Probleme, was die Willkommenskultur betrifft. Die Berufschancen sind schlecht. Wir sind mit vielen Vorurteilen konfrontiert. Dabei ist da so viel Potenzial.

Seit der Verschärfung der Asylpraxis bekommen viele junge Eritreer*innen, die in die Schweiz flüchten, nur den Status F, also vorläufige Aufnahme aus humanitären Gründen. Um eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen, benötigen sie eine Arbeitsstelle und dafür wiederum einen Pass. Sie müssen deshalb gegenüber der eritreischen Botschaft ihre Daten angeben und sind ab da verpflichtet, die Diasporasteuer von 2 Prozent zu bezahlen und je nachdem auch an den Kulturfestivals teilzunehmen.

Schon seit einer Weile engagiere ich mich ehrenamtlich beim Eritreischen Medienbund und überhaupt für die eritreische Community. Mit dem Medienbund konnten wir beispielsweise Geschichten von Eritreer*innen, die rund um die Passbeschaffungspflicht hier in der Schweiz Repressionen der Diktatur erlebt haben, publizieren und so die Schweizer Bevölkerung sensibilisieren.

Der Diktator führte den Krieg in Tigray zusammen mit der äthiopischen Regierung gegen den Willen der eritreischen Bevölkerung und rechtfertigte unter anderem über diesen teuren Krieg, der viele Opfer gefordert hat, diese Steuer. An Festivals in der Diaspora wird nationalistische Propaganda verbreitet, Kinder werden militarisiert und aufgehetzt. Diese Kriegsverherrlichung widerspricht unserer Schweizer Demokratie, niemand würde eine solche Propaganda dulden, wenn sie von Putin und seinen Anhänger*innen käme. Wir wollen der Schweizer

Bevölkerung zeigen, dass die eritreische Botschaft uns nicht repräsentiert. Sie ist kriminell.

Die Schweiz muss Verantwortung übernehmen und Massnahmen ergreifen, um die eritreische Gemeinschaft vor der transnationalen Repression zu schützen. Eritreer*innen sind auch hier verfolgt und in ihrem Alltag beeinträchtigt. Die Bedrohung durch Spitzel des Regimes, die Einschüchterung und die Zwangsmassnahmen wie die illegale Diasporasteuer und die erwartete Teilnahme an propagandistischen Festivals wirken sich massiv auf die Freiheit und Sicherheit der eritreischen Gemeinschaft in der Schweiz aus. Meine persönlichen Beobachtungen zeigen einen Widerspruch zwischen dem Bild einer demokratischen Schweiz, das ich aus meiner Kindheit habe, und den aktuellen politischen Entwicklungen. Andere demokratische Länder wie Norwegen, Schweden oder Kanada ergreifen stärkere Massnahmen, um die transnationale Repression zu bekämpfen.

Seit einem halben Jahr bin ich auch bei der sogenannten Blue Revolution aktiv, die gegen die Regimepropaganda in der Diaspora protestiert und so das Ziel verfolgt, die Diktatur zu schwächen. Die Blue Revolution ist eine internationale Bewegung, in vielen Ländern sind seit etwa zwei Jahren Proteste im Gange. Am Anfang stand die Wut. Jetzt versuchen wir politische Forderungen auszuformulieren und mit Flyern auf unsere Anliegen aufmerksam zu machen. Wenn Proteste gegen die eritreischen Festivals eskalieren, dann liest man in den Zeitungen oft kaum etwas von den politischen Zusammenhängen, sondern viel Pauschalisierungen.

Für Eritreer*innen, die in die Schweiz kommen, gibt es wenige Anknüpfungspunkte, Orte, wo sie ihre Kultur pflegen können, die nicht in Verbindung mit dem Regime stehen. Regime-treue gehen gezielt in Asylzentren und bieten Sprachkurse und Kulturanlässe an. Daher ist die Arbeit der Blue Revolution auch eine Integrationsarbeit: Wir versuchen alternative Orte aufzubauen und zu unterstützen. Unser Engagement braucht Mut: Wer noch im Asylverfahren ist und sich an den Protesten beteiligt, riskiert viel. Auch für unsere Angehörigen, die noch in Eritrea sind, kann unsere politische Arbeit gefährlich werden. Ich nehme in Kauf, dass das Regime um mein Engagement weiss. Aber es motiviert mich, dass wir viele junge Leute sind, die Widerstand leisten. Es ist viel in Bewegung im Moment.

Rassismus, wie Geu sagt, hat sich in vielen Köpfen festgesetzt. «Man konnte Eritreer*innen gegenüber ein Grundressentiment schüren. Mit der Thematik der Eritreer*innen kann das rechte Wähler*innensegment empört, alarmiert und aktiviert gehalten werden.»

Wo die Politik draussen bleibt

Auf unsere Frage nach der Bedeutung der Religion in der Diaspora gesteht Andi Geu ein, dass er die Bedeutung der religiösen Zugehörigkeit und Verwurzelung der Eritreer*innen lange unterschätzt habe. Gemeinsam stellen wir fest, wie wenig wir auch diesbezüglich wissen und dass auch in diesem Bereich grössere Felder des möglichen Zusammenfindens zwischen Zugewanderten und Einheimischen brachliegen. Für einmal anders ist es in einem Gottesdienst zur Ökumenischen Kampagne in der Fastenzeit, den wir in der reformierten Kirche in Spiegel bei Bern besuchen. Pfarrer Berhanu Chernet leitet unter diesem Dach seit 25 Jahren die Gottesdienste einer evangelischen äthiopisch-eritreischen Gemeinde. Er nimmt in seiner Predigt kein Blatt vor den Mund: Die Länder des Nordens würden sich im Süden nicht nur Ressourcen für ihren eigenen Verbrauch sichern, sie

griffen unersättlich nach der Kontrolle über alle Rohstoffe. An normalen Sonntagen trifft sich ein eher kleines Häufchen zum schweizerischen Gottesdienst in der Kirche, während die äthiopischen und eritreischen Familien das Kirchgemeindehaus nebenan in Schwingung versetzen. Wir erleben das bei der Kaffeezeremonie, zu der an diesem Tag alle eingeladen sind. Der Kaffee wird im Kirchenraum auf einem Öfchen geröstet, gebrüht und ausgeschenkt.

«Die Politik bleibt draussen, wenn wir Gottesdienst feiern.» Diesen Satz von Pfarrer Berhanu Chernet formulieren verschiedene Menschen mit eritreischem Hintergrund in Gesprächen mit uns ganz ähnlich. Sie meinen damit, dass die Haltung zum eritreischen Regime in den Gottesdiensten nicht thematisiert wird. In Berhanu Chernets Gemeinde finden sich viele Menschen, die vor langer Zeit aus Ostafrika in die Schweiz kamen. Die kirchliche Gemeinde bot ihnen von Anfang an Halt und vertraute Tradition. Aber in die Konflikte in ihren Herkunftsländern sind sie unterschiedlich verwickelt. Andere Gesprächspartner*innen sprechen davon, dass Pfarrer in gewissen eritreischen Gemeinden in der Schweiz – seien es evangelische, katholische oder orthodoxe – gutmeinenden Gläubigen Spendengelder aus

Viele Eritreer*innen sind enttäuscht, dass die Schweiz auf ihrem Boden Propaganda des Regimes erlaubt.

der Tasche ziehen würden, die in Regierungs-kanäle flössen. Es gebe allerdings, gerade auch in der katholischen Kirche, Priester, die aus ihrer regimekritischen Haltung kein Geheimnis machten. In den Strukturen der eritreisch-orthodoxen Kirche dürfte das Regime am ehesten Einfluss zu nehmen versuchen.

Wie funktionieren Herrschaftsverhältnisse?

Samson Yemane besucht keine Gottesdienste. Er suchte die Verbindung mit Landsleuten immer ausserhalb religiöser Strukturen. «Zuerst waren wir als junge Erwachsene in Bezug auf die Situation in Eritrea nicht laut, wir waren damals wenige und mussten unseren Platz hier finden. Wir kümmerten uns um die neu Ankommenden, wir tun dies in Lausanne bis heute in einem Verein, der den Geflüchteten hilft, die beträchtlichen bürokratischen Hürden in der Schweiz zu überwinden, im Asylverfahren, aber zum Beispiel auch bei der Steuererklärung oder bei Versicherungsfragen. Immer mehr trauten wir uns selber, zur Situation in Eritrea zu sprechen, gründeten politische Organisationen, wir waren oft im UNO-Menschenrechtsrat in Genf.»

Bereitwillig antwortet Samson Yemane auf unsere Frage nach seiner Politisierung in der Schweiz. Schon früh wollte er sich nicht nur für das Thema Eritrea zuständig fühlen: «Es gibt die Tendenz, die Geflüchteten für ihre Situation verantwortlich zu machen. Aber es geht um die Verantwortung des Nordens gegenüber dem Globalen Süden.» Er versuchte früh zu verstehen, was in den Programmen der politischen Parteien stand. Vieles, zum Beispiel Ökologie, war weit weg von seinen Realitäten. An der Universität traf er auf kritische, linke Menschen. «Mich interessierte Widerständigkeit gegen Herrschaftsverhältnisse. Denn ich war als Ausländer, als Schwarze Person, als prekäre, arme Person, als Geflüchteter auf der nichtprivilegierten Seite. Ich habe Lektüre gesucht, die mir weiterhalf, Albert Camus, Michel Foucault. Ich hatte dann auch das Glück, den Soziologien und SP-Nationalrat Jean Ziegler kennenzulernen. Ich realisierte, dass wir in der schweizerischen Konsensdemokratie innerhalb des Systems etwas erreichen mussten. So kam ich zur SP, auch wenn ich oft eher links von ihr stehe.» Samson Yemane scheint sich heute in Gesellschaft und Politik wie ein Fisch im Wasser zu bewegen, eloquent und kompetent.

Die Chance ist gross, dass er bleiben wird. Welche anderen Möglichkeiten hat er?

Eloquent und zugänglich begegnet uns auch Hans-Ulrich Stauffer. Soeben zurück von einem seiner zahlreichen Aufenthalte in Afrika, spricht er mit uns am Telefon aus dem Feriendorf in den verschneiten Schweizer Bergen. Stauffer ist Anwalt und war Gründer und Geschäftsführer der nachhaltigen Pensionskasse Abendrot. Mit Äthiopien und Eritrea befasst er sich seit 1973, als er in Basel zusammen mit anderen das Afrika-Komitee gründete. Er lernte die eritreische Befreiungsbewegung auf seinen Reisen auch von innen kennen. Jene Zeit hat ihn geprägt. Eritrea lag nach dem Ende des Befreiungskriegs von der äthiopischen Herrschaft wirtschaftlich, organisatorisch und politisch völlig am Boden. In den letzten dreissig Jahren, so beobachtete Stauffer, ging bezüglich Infrastruktur einiges: Die Entwicklung von Strassen und Verkehrssystemen sowie die Elektrifizierung, den Betrieb von Spitätern und Ambulatorien, von Schulen und der Wasserversorgung sowie die Senkung der Kindersterblichkeit hält er der Regierung zugute.

Angesichts der Tatsache, dass das Land von sehr fragilen Staaten umgeben und vom Westen marginalisiert sei, erachte er auch die Aufrechterhaltung von Stabilität, wie er die Situation bezeichnet, und die Integration verschiedener Religionen und Ethnien in Eritrea als positiv. Auch die schamlose Bereicherung durch eine kleine Elite, wie er sie in vielen anderen Staaten beobachtet, sieht er in Eritrea nicht. Bei viel historischer Rechtfertigung des eritreischen Regimes spricht er auch von dessen «hässlichen Seiten»: Die massiven Verletzungen klassischer Menschenrechte seien ein Horror. Es gebe keine öffentliche Diskussion, keine demokratische Mitsprache, auch gar kein Parlament – das sei kein zukunftsträchtiges Modell. Den Nationaldienst sieht Stauffer als eine sehr zwiespältige Angelegenheit. Er erkennt darin eine positive Grundidee und da und dort auch sinnvolle Umsetzungen. Aber die willkürliche, offene Zeitdauer und die Tatsache, dass Menschen im Dienst teilweise irgendwohin «verfrachtet» würden, findet er unakzeptabel. Dass Menschen dem brutalen Militärdienst entfliehen wollten, sei deshalb verständlich. Die Tatsache, dass in den letzten zehn Jahren so viele Eritreer*innen in die Schweiz kamen, sieht er aber doch eher als Teil einer grossen ökonomisch bedingten «Völkerwanderung».

«Das Leben ist Scheisse»

Interessant ist, dass Hans-Ulrich Stauffer um 1970 auch durch christliche Jugendarbeit und fortschrittliche Pfarrpersonen politisiert wurde.

Das Interesse an emanzipatorischen Bewegungen verdanke er nicht zuletzt der Befreiungstheologie, der Pädagogik der Befreiung von Paulo Freire und den Aktivitäten des Ökumenischen Rates der Kirchen, von wo aus er den Weg zu afrikanischen Befreiungsbewegungen fand.

Ein völlig anderes Land als dasjenige, das Hans-Ulrich Stauffer bereist, scheint Yahya G. zu beschreiben, wenn er von seinem Herkunftsland Eritrea spricht. Wir treffen Yahya, der zum muslimischen Teil der eritreischen Community gehört, in einem Gemeinschaftszentrum in Bern während des Ramadans beim Fastenbrechen. Den Anlass mit Bewohnenden des Rückkehrzentrums Bern-Brünnen haben der dort tätige muslimische Seelsorger Rubin Gjeci und der reformierte Pfarrer Christian Walti gemeinsam organisiert. Yahya lebt seit kurzem im unterirdischen Zivilschutzbunker, wo er mit «Nothilfe» von zehn Franken pro Tag überleben muss. Begleitung und Beratung gibt es praktisch nicht. Eine Ausnahme ist die muslimische Seelsorge, die über die reformierte Landeskirche finanziert wird. Eine Mehrheit der Menschen im Rückkehrzentrum seien in einem sehr schlechten psychischen Gesundheitszustand, sagt Gjeci.

Yahya erzählt uns beim Essen, dass er vor dem eritreischen Nationaldienst geflüchtet ist. An diesen habe er seine beiden älteren Brüder verloren, von denen er seit zwei Jahren nichts mehr gehört hat. Ihrem Schicksal, einem Leben unter totalem staatlichem Zwang, wollte er entfliehen. Aber die Trennung von seiner Mutter ist hart. Sie lebt auf dem Land, hat kein Internet, er hat keinen Kontakt mit ihr. Das Dorf, in dem er einst jeweils nach der Schule auf dem elterlichen Hof mithalf, fehlt ihm. Er floh als 19-Jähriger über die Grenze, wo er nur knapp der Armee entkam – zwei Mitfliehende wurden verhaftet und ins Gefängnis geworfen –, nach Äthiopien und von dort in den Sudan und nach Ägypten, wo er sich drei Jahre lang durchschlug. Später schaffte er es via Libyen, wo das Leben zum Horror wurde, und über das Mittelmeer nach Europa. «Das Leben ist Scheisse», sagt der junge, schüchterne Mann auf Arabisch. Sein Asylgesuch wurde abgelehnt. Arbeiten darf er nicht. Die Chance ist trotzdem gross, dass er in der Schweiz bleibt und einst zum eritreischen Gesicht dieses Landes gehören wird. Welche anderen Möglichkeiten hat er? ●

- Matthias Hui, *1962, und Geneva Moser, *1988, leiten gemeinsam die Redaktion der *Neuen Wege*.
- Die Recherche für diesen Text wurde durch eine grosszügige Spende ermöglicht. Falls auch Sie solche Beiträge möglich machen möchten, finden Sie das Konto der *Neuen Wege* im Impressum → S.51.

